

AMNESTY INTERNATIONAL

PRESSEMITTEILUNG 7. 3. 2023

**Chile: Venezolanische Frauen beschreiben die
gravierende Schutzlosigkeit,
der sie in diesem Land ausgesetzt sind**

Durch die Nichteinhaltung seiner internationalen Verpflichtungen und nationalen Gesetze gefährdet der chilenische Staat Venezolanerinnen und Venezolaner, die aus ihrem Land geflohen sind und Schutz suchen, Dies stellt Amnesty International in einem neuen Bericht fest mit dem Titel *"Keiner will im Verborgenen leben": Mangelnder Schutz für venezolanische Geflüchtete in Chile*, der die Aussagen von 12 venezolanischen Frauen enthält.

"Es ist bedauerlich, dass die wichtigsten Länder der Welt, die venezolanische Geflüchtete aufnehmen, ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, denjenigen Schutz zu gewähren, die aus Venezuela fliehen. Wir hatten bereits die enormen Herausforderungen in Kolumbien, Peru und Ecuador dokumentiert; und nun haben wir gezeigt, dass die chilenische Regierung weit davon entfernt ist, diesen Trend zu brechen und ihnen internationalen Schutz oder eine reguläre Einwanderung zu gewähren, und stattdessen seit Jahren einen unüberwindbaren Hindernisparcours aufbaut, um sie daran zu hindern, sich im Land niederzulassen", sagte Erika Guevara Rosas, Amerika-Direktorin bei Amnesty International.

Offiziellen Zahlen zufolge leben in Chile etwa 444.400 Venezolaner*innen - eine konservative Zahl, da sie vom Dezember 2021 stammt. Damit liegt das Land hinter Kolumbien, Peru und Ecuador, die rund 2.500.000, 1.500.000 bzw. 502.000 Venezolaner*innen aufgenommen haben. Zusammen beherbergen diese vier lateinamerikanischen Länder fast 70 % der 7,17 Millionen Menschen, die aufgrund der komplexen humanitären Notlage, der Menschenrechtskrise und möglicher

Verbrechen gegen die Menschlichkeit aus Venezuela geflohen sind. Die globalen Zahlen steigen kontinuierlich an, ebenso wie die Anzahl der Zielländer. So sind die USA nach offiziellen Angaben aus dem Jahr 2021 mit 545.000 Venezolaner*innen inzwischen das drittgrößte Aufnahmeland weltweit. Da die Venezolanerinnen und Venezolaner gezwungen sind, in weiter entfernte Länder und unter prekären Bedingungen zu fliehen, wie z.B. in die USA oder nach Mexiko, hat Amnesty International verurteilt, dass diese Länder ihren Verpflichtungen wie dem Zugang zu Asyl und dem Verbot der Zurückweisung von Venezolaner*innen an Orte und in Situationen, wo ihr Leben in Gefahr ist, nicht nachkommen.

Die Aussagen der in Chile lebenden Venezolanerinnen verdeutlichen die Hindernisse, die Menschen seit Jahren überwinden müssen, denen es gelungen ist, in das chilenische Staatsgebiet einzureisen um internationalen Schutz zu ersuchen oder ihren Migrationsstatus zu legalisieren. Zu diesen Hindernissen gehören die Auferlegung von Einreisevisa mit unmöglichen Anforderungen, die Verweigerung der Einreise an der Grenze, fehlende Informationen über das Recht, internationalen Schutz zu beantragen, sowie die Anwendung illegaler Praktiken, die von Personen, die den Flüchtlingsstatus beantragen, verlangen, sich selbst bei den Behörden wegen illegaler Einreise ins Land zu melden. Diese Maßnahmen verletzen ihr Recht, internationalen Schutz zu beantragen. Sie bringen die Menschen auch in die Gefahr der Ausweisung, ein Risiko, das durch die Unmöglichkeit, ihre Situation im Land zu regulieren, und durch den gesetzlichen Rahmen, der sofortige Rückführungen und Ausweisungen unter Verletzung eines ordnungsgemäßen Verfahrens erlaubt und erleichtert, noch verschärft wird.

Amnesty International hält die Verpflichtung zur Selbstanzeige bei irregulärer Einreise für äußerst bedenklich. Diese Maßnahme stellt nicht nur ein Hindernis für den internationalen Schutz dar, sondern bestraft und diskriminiert in der Praxis Geflüchtete aufgrund der Art und Weise, wie sie in das Land einreisen, und verstößt gegen das Übereinkommen über die Rechtsstellung der Geflüchteten und das dazugehörige Protokoll, das Chile unterzeichnet hat. Darüber hinaus setzt es sie der Gefahr aus, an Orte abgeschoben zu werden, an denen ihr Leben und ihre

Rechte gefährdet sind, was einen Verstoß gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung darstellt.

*"Der chilenische Staat zwingt die Mehrheit der Venezolaner*innen, über unsichere und unerlaubte Grenzübergänge einzureisen, bestraft sie aber gleichzeitig für die irreguläre Einreise und erschwert es ihnen, Asyl zu beantragen. Ohne die Möglichkeit, Zugang zu Regularisierungskanälen zu erhalten oder ihre Rechte geltend zu machen, verurteilen die Behörden die Venezolaner*innen zu einer Situation absoluter Schutzlosigkeit. Vorschläge für Reformen des normativen Rahmens für die Einwanderung müssen darauf abzielen, die Rechte von Menschen zu schützen, die sich in einer extrem verletzlichen Situation befinden, einschließlich Frauen, Mädchen und Jungen, anstatt zu versuchen, ihre Ausweisung zu erleichtern und die Stigmatisierung, unter der sie leiden, zu verschärfen",* sagte Sofía Lanyon, Präsidentin von Amnesty International Chile.

Am Vorabend des 8. März fügte sie hinzu: *"Da wir uns dem Internationalen Frauentag nähern, ist dies ein idealer Zeitpunkt, um auf die Ungerechtigkeiten aufmerksam zu machen, denen venezolanische Frauen in Chile ausgesetzt sind, und gleichzeitig eine Gelegenheit, von der Regierung Antworten auf die in unserem Land begangenen Menschenrechtsverletzungen zu fordern, einschließlich der Sicherstellung eines dringenden Zugangs zu internationalem Schutz."*

In diesem Zusammenhang und im Einklang mit früheren Untersuchungen von Amnesty International zu diesem Thema ist die Situation von venezolanischen Frauen, die geschlechtsspezifische Gewalt erlebt haben und über keinen regulären Einwanderungsstatus verfügen, besonders besorgniserregend. Amnesty International befürchtet, dass in Chile die schwerwiegenden Hindernisse für den Zugang zu internationalem Schutz oder anderen Formen der Regularisierung der Migration, die durch die Untersuchung aufgedeckt wurden, negative Auswirkungen auf die Rechte dieser Frauen haben könnten, so dass sie sich in einer Situation befinden, in der sie noch anfälliger für geschlechtsspezifische Gewalt sind.

Die Organisation fordert die chilenische Regierung dringend auf,

- allen schutzbedürftigen Personen einen effektiven und diskriminierungsfreien Zugang zum Verfahren zur Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft zu gewähren,
- den Grundsatz der Nichtzurückweisung zu respektieren, einschließlich des Verbots, die Einreise an der Grenze zu verweigern, und
- die Verpflichtung zur Selbstanzeige abzuschaffen, um den internationalen Standards zur Nichtkriminalisierung der irregulären Einreise zu entsprechen.

Zusätzliche Informationen:

Die Recherche von Amnesty International wurde zwischen November 2022 und Januar 2023 durchgeführt und umfasste Feldforschung in den Städten Arica, Iquique und Santiago. Zusätzlich zu den Aussagen der 12 venezolanischen Frauen befragte Amnesty International 23 Vertreterinnen und Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen, vier internationale Organisationen und neun staatliche Stellen. Es wurden auch drei Anträge auf Zugang zu Informationen gestellt. Amnesty International nutzte seine Untersuchungen in Venezuela, Kolumbien, Ecuador und Peru auch, um die Ausreise- und Transitbedingungen von venezolanischen Geflüchteten in der Region zu überprüfen.

Wie in früheren Untersuchungen bezieht sich Amnesty International auf venezolanische Geflüchtete in einem Kontext, in dem der chilenische Staat die völkerrechtlichen Instrumente unterzeichnet hat, die die Verpflichtungen von Staaten gegenüber Geflüchteten festlegen, insbesondere die Genfer Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951 und die Erklärung von Cartagena von 1984, die durch das Gesetz Nr. 20.430 über den Schutz von Geflüchteten in die chilenische Gesetzgebung aufgenommen wurde. Diese Bestimmungen verpflichten den chilenischen Staat zum Schutz von Venezolaner*innen, die aus ihrem Land geflohen sind.

Für mehr Information oder Interviewanfragen, kontaktieren Sie bitte
Carlos Mendoza: +52 55 4145 7003, carlos.mendoza@amnesty.org

Hintergrundinformationen:

“No one wants to live in hiding”: Lack of protection for Venezuelan refugees in Chile (Research, 7 March 2023) <http://www.amnesty.org/en/documents/amr22/6437/2023/en/>

Unprotected in Ecuador: Venezuelan refugee women survivors of gender-based violence (Research, 17 November 2022) <https://www.amnesty.org/en/documents/amr28/6137/2022/en/>

Americas: Unprotected: Gender-based violence against Venezuelan refugee women in Colombia and Peru (Research, 12 July 2022) <https://www.amnesty.org/en/documents/amr01/5675/2022/en/>

Between invisibility and discrimination: Venezuelan LGBTIQ+ refugees in Colombia and Peru (News, 14 June 2022) <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/06/venezuelan-lgbtqi-refugees-colombia-peru/>

Peru is failing in its care of Venezuelan women who survive gender-based violence (News, 25 November 2021) <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2021/11/peru-failing-care-venezuelan-women-survive-gender-based-violence/>